

Danziger Zeitung.

Nr. 19373.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben- gesparte gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. Februar. (Privattelegramm.) Der Mehrertrag des neuen Einkommensteuergesetzes, der vorzugsweise aus den großen Städten ein kommen wird, wird nach der „Nationalliberalen Correspondenz“ auf etwa 1/4 des bisherigen Auf kommens geschätzt. Das bedeutet ein Plus von 25 Millionen Mark.

Das Strafverfahren gegen den Bochumer Verein wegen Eisenzollhinterziehung ist ein gestellt worden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Februar.

Die Marinesforderungen im Reichstage.

Die gestrige Sitzung des Reichstages hat einen raschen Verlauf genommen. Die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Ge nossenschaften mit beschränkter Haftpflicht wurde mit einigen Complimenten, von denen man nicht recht wusste, ob sie dem Staatssekretär im Reichsschatzamt oder dem intellectuellen Urheber des Gesetzes, dem Abg. Dechelhäuser gelten sollten, einer Commission zur weiteren Ver antlastung anvertraut und dann wurde gewissermaßen im Fluge das gesammte Extraordinarium des Militäretats nach den Anträgen der Budget commission — nur das neue Dienstgebäude für die Artillerieprüfungskommission wurde gegen den Antrag der Commission, aber mit Zustimmung aller Parteien, die Sozialdemokraten natürlich ausgenommen, bewilligt. Herr Richter hat sich wohl selber einer so allgemeinen Zustimmung erfreut, wie gestern, als er erklärte, die Freisinnigen lehnten zwar eine Reihe von Positionen, die die Commission bewilligen wollten, ab; aber da sie keine Aussicht hätte, mit ihrer Meinung durchzudringen, so verzichtete sie darauf. Abstimmungen bei den bezüglichen Absätzen zu provocieren. So wurde die Tagesordnung, bei der der Referent der Budgetcommission, der über die einzelnen Positionen berichtete und mit dem Präsidenten sich in die Arbeit heilte, ohne Anstoß abgethan. Dann aber entstand die Frage: Was nun? Das Plenum arbeitet dieses Mal so glatt, daß es der Budgetcommission immer auf den Fersen bleibt. In der Commission hat gestern die Berathung über den Marineetat, insbesondere über die Schiffsbauten, noch keine Fortschritte gemacht. Der Schiffsbau ist, wie es scheint, der verhundbarste Theil der Marineverwaltung. Nicht weniger als 12½ Millionen bereits bewilligter Baugelder sind noch nicht verbraucht, aber das hat weit gehende neue Forderungen nicht verhindert. Am meisten überraschte eine Ausführung des Staats sekretärs Hollmann, des bekannten „rabiaten“ Fachmannes, daß der Kampf zwischen Panzer platten und Geschos — wieder einmal ausgefochten sei. Das letzte Mal hat man diese Erklärung vor einer Reihe von Jahren gehört, als es sich darum handelte, den Bau von Schlachtschiffen wieder aufzunehmen. Damals war, wie sich jetzt herausgestellt hat, der Kampf noch nicht zu Ende; ob die heutige Erklärung im nächsten Jahre noch zutreffend ist — ja, wer kann das wissen? Angeblich ist die Panzerplatte Giegerin geblieben, und diese un durchschlagbare Panzerplatte ist nachträglich sogar bei einigen im Bau begriffenen Schiffen, wenn auch nur an dem noch nicht vollendeten Theile derselben zur Anwendung gekommen. Auch das, was Staatssekretär Hollmann über den Bau und die Aufgaben der Kreuzer sagte, war vielen überraschend. Die Kreuzer sollen nach der neuen Theorie zur Schlachtflotte gehören, ja, der Herr Staatssekretär im Reichsmarineamt sprach, allerdings hypothetisch von einem Kampf unserer Kreuzer mit russischen Kreuzern in den ostasiatischen Gewässern! Der Reichstag hat das unbestreitbare Recht, sich über alle diese Enthüllungen zu verwundern, aber Schlüsse daraus im Sinne der Nichtbewilligung geforderter Schiffe und eines langsamem und vorsichtigen Vorgehens zu ziehen, wird ihm sehr erschwert, durch Rücksichten, die jeder kennt, aber niemand nennt. Die „schlechte Finanzlage“ ist nur dann ein Hindernis, wenn es sich um Ausgaben handelt, die das Parlament, nicht aber die Regierung wünscht; gegenüber Forderungen der Regierung ist dieses Argument nicht stichhaltig.

Selbstverständlich wird schließlich, um den Schein zu wahren, von den gesuchten Schiffsbauten etwas abgelehnt werden, aber sicherlich nicht mehr, als die Verwaltung selbst für entbehrlieblich hält. Alle Welt protestiert — natürlich der Referent der Budgetcommission, hr. v. Roscielski, ausgenommen — gegen die Absicht, neben einer großen Landarmee auch noch eine Schlachtflotte ersten Ranges zu bauen; Deutschland müßte sich zur See auf die defensive be schränken; aber so lange es beim Reden bleibt und der Reichstag sich nicht zu einem energischen Nein entschließt, haben solche „Proteste“ keinen Wert, vor allem nicht einer Verwaltung gegenüber, die sich wohlweislich hüten, die großen Pläne einzustehen und den Reichstag hinter die Coulissen sehen zu lassen. Es ist eine alte Beobachtung. Je länger über diese Dinge diskutiert wird, je matter wird der Widerspruch der ausfallenden Parteien und schließlich — halb zog es ihn, halb sank er hin — ist die Bewilligung fertig. Angesichts des Volksschul gesetzes wird es wohl auch dieses Mal nicht anders gehen.

Die Conservativen bei den nächsten Wahlen.

Die neutrale Bemerkung der „Nordd. Allg. Ztg.“, der Reichskanzler werde das Mögliche thun, um

das Volksschulgesetz in dieser Session in den Hafen zu bringen, da im nächsten Jahre angesichts der im November stattfindenden Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus die Wahlagitation die sachliche Verhandlung beeinflussen werde, hat, wie es scheint, die „Auszug.“ und ihre Freunde etwas nervös gemacht. In der Form einer Polemik gegen die „Nat.-Ztg.“ macht die „Auszug.“ die Conservativen darauf aufmerksam, daß sie, wenn sie „aus Zurich vor dem Ansturm der liberalen Petitionsmacher“ nachträglich die Regierung im Stiche lassen, durch eine so unzuverlässige Haltung für alle Zukunft auf das Vertrauen jeder conservativen Regierung verzichten und damit zugleich die Möglichkeit einer wahrhaft conservativen Politik in Preußen und im Reiche für alle Zeit preisgeben würden. Und was fast noch schlimmer — bei den nächsten Wahlen würden die Conservativen mit der Gegnerschaft nicht nur der Liberalen, sondern auch des Centrums zu rechnen haben, und die Regierung hätte an dem conservativen Ausfall der Wahlen kein Interesse mehr. Dieses Argument kann die „Auszug.“ um so weniger anführen, als die Conservativen in der Volksschulcommission noch über den Rahmen der Regierungsvorlage hinaus und im Widerspruch mit dem Cultusminister dem Centrum zu Willen sind.

Überdies ist das ganze Gesetz, nach den Erklärungen des Reichskanzlers im Abgeordneten hause, keineswegs ein Zugeständnis an die Evangelischen, sondern ein solches an das Centrum. Den Wünschen der Katholiken soll entsprochen werden. Wenn also Mitglieder der conservativen Partei bei dem Gedanken an die nächsten Neuwahlen, bei denen sie auf die Stimmen der Freiconservativen und der Nationalliberalen nicht mehr rechnen können, anfangen, kopflos zu werden, so wird die „Auszug.“ sie mit ihren Argumenten nicht beruhigen. Die Wahlhilfe der Regierungspräsidenten, Landräthe, Gendarmen u. s. w. ist nicht zu verachten; aber wenn die Wähler — und bei den Conservativen fallen die Wähler der 2. und 1. Abtheilung nicht am wenigsten ins Gewicht — sich bei der Abgabe ihrer Stimmen von ihrer Stellung zum Volksschulgesetz leiten lassen, so wird die Unterstüzung des Centrums ihnen eine Wahlniederlage nicht ersparen.

Drohungen gegen die Lehrer.

Mafzregeln gegen die Presse sind zur Zeit an der Tagesordnung. Mafzregeln, die sich — mit Ausnahmen natürlich — keineswegs direct darauf zurückführen lassen, daß der Reichskanzler sich wiederholt in parlamentarischen Reden auf einen der Presse ungünstigen Standpunkt gestellt hat, die aber vielleicht eine nicht beabsichtigte Wirkung seiner Reden sind. Neuerdings hat, wie bereits telegraphisch kurz erwähnt, die kgl. Regierung in Arnsberg eine Verfügung an die Kreisschul inspectoren erlassen, welche sich gegen die Mitwirkung der Lehrer an der Tagespresse wendet. Die Verfügung will zwar den Lehrern die Erörterung fachmännischer Fragen oder die Mitteilung belangreicher Wahrnehmungen und Erfahrungen in den einschlägigen Blättern (d. h. in den Lehrerzeitungen) nicht versagen und ihnen die Mitwirkung an der Hebung religiöser und vaterländischer Gesinnung nicht verfrachten, aber mit Entschiedenheit, der nebenamtlichen Thätigkeit eines jedes Staatsbeamten dann entgegentreten, wenn dieselbe sich entweder in einem ausgesprochenen Gegensatz zu den vorge dachten (welchen?) Bestrebungen setzt oder ausschließlich auf die Herbeischaffung und Ausbeutung von Tagesneuigkeiten abzielt und sich zu diesem Behufe auf die Anwendung von Mitteln angewiesen sieht, welche ebenso wenig mit dem Amt, wie mit der gesammten Stellung eines Lehrers vereinbar sind.“ Welcher Art diese Mittel sind, ist aus der Verfügung nicht zu erkennen. Da dieselbe gerade jetzt, mitten in den öffentlichen Verhandlungen über das Sedlitzsche Schulgesetz erlassen wird, so kann sie praktisch keine andere Wirkung haben, als die eines Versuchs, die Lehrer, denen man nicht ohne weiteres Stillschweigen auferlegen kann, durch unbestimmte Drohungen einzuschüchtern, wie das ja auch schon in Frankfurt a. O. und, trotz aller Dementirungs versuche, in Posen geschehen ist.

Die Arnsberger Verfügung stützt sich höchst charakteristischer Weise auf uralte Cabinetsordres und Erlasse aus den Jahren 1841 und 1839, also aus der Zeit wo die Censur noch blühte. Dass die Censur mittlerweile abgeschafft ist, daß mittler weile eine Verfassung entstanden ist, welche jedem Preußen das Recht garantiert, „durch Wort und Schrift seine Meinung frei zu äußern“, das scheint in manchen oberen Regionen ganz unbekannt zu sein.

Die Mafzregel ist nun ein neues Merkmal der reactionären Strömung, in welche wir mit der Schulvorlage hineingetrieben sind. Ihren Zweck, die Lehrer mundtot zu machen, wird sie jedenfalls nicht erfüllen, schon deshalb nicht, weil keine Redaktion, welche Lehrer zu ihren Mitarbeitern zählt, sich jemals herbeilassen wird, der Regierung davon Mitteilung zu machen.

Das Spionengesetz

oder, wie es heißt, das Gesetz betreffend den Verrat militärischer Geheimnisse ist im Bundesrat noch nicht fertig. Über den Inhalt desselben sollen, wie es scheint, Mittheilungen nicht gemacht werden. Man erinnert sich aber, daß s. 3. durch Erörterungen in der Presse sogenannte militärische Geheimnisse bekannt geworden sind, ohne daß das eingeführte Strafverfahren Erfolg hatte, weil dem Verfasser die strafbare Absicht nicht nachgewiesen werden konnte und weil eine solche wohl auch nicht vorhanden war. In dieser Hinsicht sollen

wohl durch das Gesetz Vorkehrungen getroffen werden.

Das bairische Kriegsministerium über Goldatenmisshandlungen.

Die schon erwähnte Verfügung des bairischen Kriegsministeriums vom 13. Dezember 1891, betreffend Missbrauch der militärischen Dienstgewalt, ist zuerst in einem Würzburger sozialdemokratischen Blatte veröffentlicht worden. Aus Anlaß gerichtlich erledigter Strafsachen macht das Kriegsministerium darauf aufmerksam, daß man den Gemeinen Augler wegen Achtungswidrigkeit gegen den Unteroffizier Alshalt mit 21-tägigem strengen Arrest bestraft habe, während der Commandeur des 2. Ulanenregiments keine Veranlassung genommen habe, gegen den Unteroffizier Alshalt einzuschreiten, obgleich die dem Gemeinen Augler zur Last gelegte, in passivem Widerstreben gegen einen unberechtigten wiederholten Befehl des 2. Alshalt bestehende Handlung durch brutale Bedrohung des Augler seitens des genannten Unteroffiziers veranlaßt wurde. Die vom Unteroffizier Alshalt gegen den Gemeinen Augler in der Eigenschaft als Berittsführer und Zimmerältester verübten zahlreichen Auschreitungen, wie z. B. die Auflage vorchristwidriger Übungen während des Stalldienstes, haben zum Theil unter Anwesenheit älterer Unteroffiziere, insbesondere des Vicewachtmeisters stattgefunden, ohne daß sie dieselben abstellten oder dienstliche Meldung darüber erstatteten. Dies wurde aber weder vom damaligen Escadronchef noch vom Regiments-Commandeur beim Anhängigwerden der Untersuchung gegen Alshalt vom disciplinaren Standpunkt ausgegriffen.

Weiterhin hebt das Kriegsministerium aus den Akten noch Folgendes hervor:

1. Gefreiter Beck der 1. Escadr. des 1. Chev.-Rgt. hat als Berittsführer am 4. Februar i. J. früh unter Anwesenheit eines Sergeanten des Gemeinen Kurzmann geschlagen und herumgeschlagen und zur Strafe mit über dem Rücken zu haltenden Seitenwehr in die Ambeuge befohlen, ohne daß der Sergeant dagegen eingegriffen ist oder Anzeige machte.

2. Als der Gemeine Kurzmann nach etwa drei Minuten in Folge tonischer Krämpfe nicht mehr aus der Ambeuge sich erheben konnte und hierauf in ancheinend bewußtlosem Zustande in ein Zimmer getragen und dort auf ein Bett gelegt wurde, ist über diese aufallende Erkrankung dem vorgesetzten Rekrutenschüler bei dessen Eintritte keine dienstliche Meldung gemacht, auch von letzterem nicht verlangt worden. Derselbe begnügte sich mit einer unbestimmten Antwort auf die diesbezügliche Frage, ohne dem Erkrankten nähere Beachtung zu widmen oder ärztliche Hilfe zu requirieren. Es geschah dies erst mehrere Stunden später durch den zufällig hinzugekommenen Wachmeister.

3. Der herbeigerufene Arzt begnügte sich mit einer unverantwortlich oberflächlichen Besichtigung des Erkrankten und überließ denselben ohne nähere Untersuchung und ohne ersten Versuch zu ärztlicher Hilfeleistung seinen Zustand bis zum darauffolgenden Tage Abends, zu welcher Zeit Kurzmann sodann erst in das Lazarett gebracht wurde.

4. Gelegentlich der gerichtlichen Untersuchung gegen den Gefreiten Beck ist festgestellt worden, daß bei einer früheren, in unmittelbarem Anschluß an Laufübungen stattgehabten Übung in der Ambeuge der Gemeine Segula ohnmächtig umfiel, worauf zwar ein Lazareth geheißen, eine dienstliche Meldung seitens des Rekrutenabrichters Gefreiten Beck jedoch unterlassen wurde mit der nachträglichen Begründung, daß die Sache hierfür zu unbedeutend gewesen sei.

5. Besonders bemerkenswert ist, daß der betreffende Arzt bei den späteren Vernehmungen als Zeuge über die unter 3 und 4 erwähnten Fälle hinsichtlich seiner persönlichen Beihilfegabe bzw. ärztlichen Thätigkeit keinerlei bestimmte Ausschlüsse ertheilen konnte und nicht in der Lage war, seine auf dem Gedächtnis be ruhenden Angaben aus irgend welchen diesbezüglichen Aufzeichnungen zu ergänzen.

6. Auch die in Jiff. 1 mit 4 erwähnten Momente, welche größtentheils schon bei der ersten dienstlichen Feststellung des Thatsatzes ins Auge fallen mußten, sind nach Inhalt der Akten und der beigefügten Berichte weder vom Escadrons-Chef noch vom Regiments-Commandeur, bzw. dem oberen Truppenarzt beachtet und in Sinne des Kriegs-Ministerial-Rechts vom 5. Oktober 1882 Nr. 13627 weder sofort, noch im Verlaufe der Untersuchung rechtzeitig aufgegriffen und gewürdigt worden.“

Aus allen diesen Vorkommnissen entnimmt das Kriegsministerium die Überzeugung, daß trotz des Erlasses vom 12. März 1888 noch „immer gewisse vorchristwidrige Ausbildungspraktiken in Anwendung sind und gebüdet werden, sowie, daß an und für sich erlaubt und in den Reglements vorgeschriebene Übungen theils ihrer Dauer, theils ihrer Reihenfolge nach von Unteroffizieren und selbst von Offizieren in höchst zweckwidriger, für die Gesundheit und die Entwicklung der physischen und technischen Leistungsfähigkeit der auszubildenden Mannschaften schädlicher Weise betrieben werden. Hierunter zählen unverhältnismäßig langes Verharren der Mannschaften in der Ambeuge oder in anderen anstrengenden oder ermüdenden Körperhaltungen bei Turn-, Fecht- u. Übungen, unmittelbarer Übergang in solche Körperhaltungen aus den Laufübungen u. s. w.“

„Außerdem wurden solche Übungen von Unteroffizieren häufig eigenmächtig, in mehreren Fällen sogar in Verbindung mit anderen unerlaubten Erschwerungen als Strafmittel bei den Mannschaften in einer Weise angewendet, welche sich als geplante und öfters rohe Quälerei der betreffenden Mannschaften charakterisiert. Es sind denn auch hierdurch, wie durch andere brutale Correcturmittel wiederholt schwer und dauernde Gesundheitsbeschädigungen an Untergebenen herbeigeführt worden. Die Mehrzahl der erwähnten Ausschreitungen kann keineswegs der Ausfluß einer durch Augenblickseindrücke verursachten hochgradigen Eregung des betreffenden Vorgesetzten betrachtet werden, es müssen vielmehr, obgleich von der individuellen Verschiedenheit der Charaktere unge mehr Ursachen hierfür gegeben sein.“

Gestern wurde noch vielfach geglaubt, das Ministerium Freycinet werde schließlich bleiben und nur eine Reconstruction vornehmen; nur Constance und Fallières würden austreten. Diese Annahme hat sich jedoch nicht bestätigt. Nach einer Conferenz der Minister mit dem Präsidenten Carnot hat derselbe gestern Nachmittag den Rücktritt des gesammten Cabinets ange nommen, was heute auch durch das folgende Telegramm bestätigt wird:

Paris, 20. Februar. (W. L.) Das „Journal officiel“ veröffentlicht den Rücktritt des Cabinets.

Steuerreform in Österreich.

Zu dem dem österreichischen Reichsrath vor gelegten Gesetzentwurf betreffend die Steuer-

und serner darin zu suchen, daß die Schädlichkeit und Verwerthlichkeit der ange deuteten, vorschriftswidrigen Ge pflogenheiten, selbst von Offizieren, noch nicht allseitig anerkannt wird. In Folge davon erfahren viele Ungehörige keine oder keine nachhaltige Correctur und werden beim Truppenheile förmlich zur hergebrachten Uebung, so daß sie auf die dienstlichen und rechtlichen Anschauungen der unteren, namentlich der jüngeren Chargen geradezu verirrt einwirken, bis sie durch irgend eine Katastrophe in ihren Wirkungen offenkundig werden.“

Eine weitere Ursache mag noch darin liegen, daß die Detailausbildung etc. der Mannschaften außer den unerlässlichen Forderungen bezüglich der kriegerischen Fertigkeiten des Einzelnen und der Truppe noch anderweitige Anforderungen seitens der Vorgesetzten hinsichtlich äußerer Gleisförmigkeit der Leute u. s. w. gestellt werden, welche Forderungen wegen vorhandener Mängel und Verhinderung der Körperbildung in gegebener Zeit mit den vorgeschriebenen Mitteln nicht zu erfüllen sind und wodurch dann das untere Ausbildungspersonal zur Anwendung gewaltiger Mittel gelangt.“

Weiterhin trifft die Verfügung Vorkehrungen, um die militärische Ausbildung gegen ungesetzliche Gewaltmittel dauernd sicher zu stellen. Es werden eine große Anzahl von Bestimmungen getroffen betreffend die Überwachung der Ausbildung durch die Offiziere. Auch Detail-Nachübungen der Mannschaften außerhalb der anbefohlenen regelmäßigen Übungsstunden sollen niemals ohne Beaufsichtigung des betreffenden Abrichters durch einen Vorgesetzten stattfinden. Fernere Bestimmungen betreffen die Mittheilung aller Bestrafungen innerhalb des Truppenheiles zur Kenntnis der Standesgenossen, das Vertrautsein der jüngeren Offiziere und der Unteroffiziere mit den Strafgesetzen gegen den Missbrauch der Dienstgewalt. Das Kriegsministerium ruft schließlich die thatkräftige Mitwirkung der höheren Truppen befehlshaber an, daß fernerhin Vorkommnisse der beregenen Art nach Maßgabe des gegenwärtigen Erlasses strengstens gewürdigt werden und daß, wo nachweisbares Verschulden der Dienstvorgesetzten in Mitte liegt, gegen die betreffenden unnachlässliche eingeschritten und gegebenen Falles aus der Initiative der Kommandostellen als bald geeigneter Antrag an das Kriegsministerium gestellt wird.“

Die Ministerkrise in Paris.

Die eingetretene Cabinettskrise ist völlig unvermutet zum Ausbruch gekommen. Von den 304 Abgeordneten, welche gegen die von der Regierung genehmigte Tagesordnung stimmten, gehörten 194 den Radicalen, die übrigen der Rechten an. Das Resultat der Abstimmung ist eine Folge der Taktik der Rechten, die die Kammer zu einer Reihe negativer Beschlüsse veranlaßte. In den Wandelgängen der Kammer gab man sich unmittelbar nach dem Schluß der Sitzung keinerlei Zweifeln darüber hin, daß die Bildung eines neuen Cabinets eine sehr schwierige sein würde, da die Kammer bei der Coalition der Rechten bald mit den gemäßigten Republikanern, bald mit den Radicalen für die Zusammensetzung der neuen Regierung keinerlei Nächsten gegeben habe. Die Radicalen rechneten auf eine von Pichon beantragte Tagesordnung, erlangten aber dafür nur eine Stimmenzahl von 191, die nicht ausreichte, um darauf hin aus ihren Reihen allein ein neues Cabinet zu bilden. Die Tagesordnung Pichon besagte, es sei notwendig, den Kampf der staatlichen Macht gegen die Kirche fortzuführen. Diese Tagesordnung wurde von Clemenceau lebhaft befürwortet, der sich in langer Rede auf entschiedenste gegen einen Ausgleich mit den Katholiken aussprach.

Die Meldungen der Pariser Journale über die Cabinettskrise lassen die Situation als vollständig verworren erscheinen. Diese Auffassung gibt sich auch darin kund, daß weder seitens einer der leitenden parlamentarischen Persönlichkeiten noch von einem der hervorragenden Organe irgend eine neue Ministercombination als ernsthaft oder nur möglich in Erwägung gezo gen wird. Mehrere Blätter melden, hohe militärische Würdenträger hätten bei Freycinet Schritte unternommen, um ihn zu bewegen, seine Demission zurückzuziehen, da sein Rücktritt von der Armee als großer Verlust empfunden würde. Die gemäßigten Blätter heben hervor, daß Ministerium trete nicht in Folge eines seiner Politik entgegengesetzten Volums ab, sondern in Folge des von der Kammer gegebenen Beweises von Zerschaffenheit und vollständiger Ohnmacht. Die Kammer habe sämmtliche Tagesordnungen und Anträge abgelehnt. Der Präsident Carnot finde also keine Majorität vor, aus welcher er der Verfassung gemäß ein Ministerium bilden könnte. Die einzige Lösung der Krise wäre logischerweise die Auflösung der Kammer. Die radicalen Blätter erklären mit Befriedigung, nunmehr sei der Kampf zwischen der Kirche und der Republik offen aufgenommen. Die conservativen Zeitungen gratulieren der Rechten, daß sie sich nicht dazu hergegeben habe, das Ministerium nochmals zu halten.

Gestern wurde noch vielfach geglaubt, das Ministerium Freycinet werde schließlich bleiben und nur eine Reconstruction vornehmen;

reform wird die bestehende Erwerbssteuer und Einkommensteuer durch eine Erwerbssteuer, eine Besoldungssteuer, eine Rentensteuer und eine allgemeine Personaleinkommensteuer mit einem Ersparnisminimum von 600 Fl. und einer Progressionsstufe 0,6 bis 4 Proc. ersetzt. Der Mehrertrag der ersten zwei Jahre soll zu Steuernachlässen, nach zwei Jahren zu einer endgültigen Ermäßigung der Grundsteuer und der Gebäudesteuer, der Erwerbssteuer mit Ausnahme der von Aktien-Gesellschaften zu entrichtenden, und für das Gewerbe im Umherziehen verwendet werden. Die Erwerbssteuer für Aktiengesellschaften bleibt ungefähr der bisherigen gleich. Im übrigen wird bei der Erwerbssteuer zwischen der Stadt Wien, Orten unter 1000 Einwohnern, Orten mit 1000 bis 10000 Einwohnern und Orten über 10000 Einwohnern unterschieden. Von der Rentensteuer befreit sind die Zinsen von Staatsobligationen, durch Spezialgesetze von Steuern befreite Zinsen und Renten und Spareinlagen unter 525 Fl. Die Rentensteuer beträgt für ständische und öffentliche Handelsobligationen 10, im übrigen 2 Prozent. Die Personaleinkommensteuer läßt einen Abzug von 25 Fl. für jedes Kind zu, soweit deren Zahl 2 in den größeren Städten und 4 in kleineren Orten übersteigt. Die Regierung erwartet von der Personaleinkommensteuer einen Ertrag von 11,5 bis 17,5 Millionen, wovon 10,4 bis 16,1 Millionen zu den erwähnten Steuernachlässen verfügbaren sind.

Der Finanzminister Steinbach führte in seinem Exposé zu der Steuerreformvorlage aus, die Ziele der Reform seien: gerechte Ausgleichung der Steuerlast durch Heranziehung der bisher der Steuerleistung nicht unterworfenen Elemente, eine bessere Steuerabstufung nach der tatsächlichen Leistungsfähigkeit, Entlastung der bisher Überbürdeten, insbesondere der wirtschaftlich Schwachen und Bedürftigen. Durch die Reform solle auch die stark zurückgebliebene Steuermoral gehoben und der Bevölkerung Ehrlichkeit bei den Steuererklärungen möglich gemacht werden. Bei der Reform handle es sich um eine andere Vertheilung bereits bestehender Lasten, nicht um neue Opfer. Lebhafte Beifall folgte den Ausführungen des Ministers.

In der serbischen Skupština

griff gestern bei der Verhandlung über das Budget des Kriegsministeriums die Opposition die Regierung heftig an und beschuldigte dieselbe, daß sie ihre Anhänger belohnen und den Parteikampf in die Armee übertragen wolle. Die radikal-dissidenten machten dem Kriegsminister den Vorwurf, daß er Anhänger der Liberalen sei. Der Kriegsminister erwiderte, er sei Soldat, thue seine Pflicht und müsse den ihm gemachten Vorwurf zurückweisen. Heute soll über die Verzichtserklärung Milans verhandelt werden.

Aus dem griechischen Parlamente.

Die Commission der griechischen Kammer hat nunmehr in der Angelegenheit der Vergebung des früheren Cabinets Trikupis in den Anklagezustand den Antrag gestellt, daß die Kammer wegen Verwendung des Eisenbahnanlehens Piräus-Larissa und wegen Nichtausführung richterlicher Erkenntnisse Anklage erhebe. Die Verhandlung hierüber findet am Montag statt. Die Opposition hält sich von der ersten Lesung der Finanzvorschläge des Cabinets fern. — Die Kammer selbst hat gestern mit großer Mehrheit sämtliche Finanzvorschläge, darunter den Gesetzentwurf betreffend das Tabakmonopol, angenommen.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 19. Februar.
Berathung des Staats der Eisenbahnverwaltung. Hierzu liegt folgender Antrag Brömel vor: „Die Regierung zu ersuchen, mit der Reform der Personentaxe auf den preußischen Staatsbahnen auf Grund des im Jahre 1891 aufgestellten Planes, jedoch unter Ausschluß von Tariferhöhungen, baldmöglichst vorzugehen.“

Abg. Brömel (frei): Ich habe bereits gestern ausgeführt, daß der Staat eine Steigerung der Einnahmen voraussetzt, die in keinem früheren Jahre angekommen ist. Die angenommene Steigerung der Einnahmen aus dem Personenverkehr betrug in den letzten fünf Jahren 1,7 — 2 — 2,3 — 4 Proc.; in dem gegenwärtigen Staat ist eine Steigerung von 5 Proc. angenommen. Es ist schwierig unverhältnismäßig, wie die Verwaltung dazu kommt, in einem Moment, wo nach ihrem eigenen Jugestand die wirtschaftlichen Verhältnisse keine besonders günstigen sind, eine Steigerung von 5 Proc. vorauszusehen, die man früher nie vorausgesetzt hat. Das ist nur zu erklären aus der allgemeinen Finanzlage. Seitens des Finanzministers ist sicherlich eine dure violence auf den Eisenbahnminister ausgeübt worden. Die höchste zulässige Annahme wäre eine Steigerung von 3 Proc. gewesen. Das macht einen Unterschied von 9 Mill. Mk., und mit einem Schlag wäre das ganze Bild des Staats ein anderes. Redner wendet sich dann zu seinem heutigen Antrag. Abg. v. Puttkamer hat gestern gezeigt, er könne es nicht für richtig halten, daß ein großer Theil der Bevölkerung sich fortwährend auf der Eisenbahn befindet. Die bisher hier im Hause gemachten Vorschläge einer Tarifreform gehen aber darauf gar nicht hinaus. Glaubt denn hr. v. Puttkamer, daß wir Tarife haben, welche den Leuten erlauben, nur so auf der Eisenbahn herumzumalen? 1890/91 sind auf preußischen Staatsbahnen 274 Mill. Fahrten gemacht, d. h. noch nicht 10 Fahrten auf den Kopf der Bevölkerung. Bei dem Abg. v. Puttkamer ist es nicht als der Wunsch, einen Theil der Arbeiterbevölkerung an die Scholle zu fesseln und für gewisse landwirtschaftliche Betriebe in manchen Gegenden des Vaterlandes billige Arbeitskräfte zu halten. Wir aber wollen den, der nichts weiter hat als seine Arbeitskraft, die Verwertung derselben nach Kräften ermöglichen. Alle Reben vom Ministerialen und von jener Seite des Hauses ziehen über von Wohlwollen gegen die Arbeiter. Hier ist eine Gelegenheit, einmal die Probe darauf zu machen. Auf die Gestaltung des Systems, Erziehung des Kilometertarifas durch den Sonontarif u. s. w., will ich nicht näher eingehen. Wir können nichts Besseres thun, als den im vorigen Sommer vom Minister Maybach aufgestellten Plan uns zu eignen zu machen. Bei uns werden ja in Bezug auf den Sonontarif von anderer Seite ganz überwältigende Forderungen gestellt, aber „wenn sich doch der Moß noch so absurd gebertet, er giebt zuletzt doch noch 'nen Wein!“ In Österreich, und namentlich in Ungarn, zeigten die dortigen Personentaxe alle die günstigen Resultate, die ich für meinen vorjährigen Antrag vorausgesagte. Wenn man sieht eine grundlegende Reform resp. Ermäßigung der Gütertarife aus finanziellen Rücksichten für unangebracht erklärt, so sind doch die Eisenbahnprioritäten sämtlich darüber einig, daß Gütertarife und Personentaxe durchaus nicht auf gleicher Linie stehen, und daß der Personenverkehr viel weniger zu der Rentabilität der Eisenbahnen beiträgt, als der Güterverkehr. Ubrigens würde eine Herabsetzung der Personentaxe sogar eine Vermehrung der Einnahmen etwa in Höhe von 2 Millionen in Folge des gesteigerten Verkehrs zur Folge haben. Für eine Vereinfachung des Personentaxsystems hat sich ja der Herr Minister

seinen energisch ausgesprochen und Januszki werden durch den in Folge niedriger Fahrpreise gesteigerten persönlichen Verkehr die Geschäftsverbindungen so vermehrt werden, daß dadurch auch ein vergrößerter Geschäfts- und Güterverkehr veranlaßt wird. Die Thatache, daß für Dreiviertel aller Eisenbahnfahrenden der preußische Staat weit weniger Nutzen als Österreich, muß uns doch die Frage aufwerfen: Wie lange will man diese Zustände noch mit ansehen? Preußen darf bei der sozialpolitischen Gefebegung nicht zurückstehen, wenn diese leisten soll, was man von ihr erwartet, und schon um dieser Erwartung zu entsprechen, bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall links.)

Minister Thielen: Der Vorschlag der Einnahmen des Personenverkehrs ist keineswegs zu hoch geprägt, die Ergebnisse haben bis Ende Januar 4,96 Prozent Steigerung gezeigt, also fast genau die 5 Prozent, die wir angenommen haben. Das jetzige System der Personentaxe wird nicht beibehalten werden können. Die Buntlichkeit derselben wird zu einer Reform herausfordern. Ich bestreite nur, daß diese Reform eine so dringende ist, daß sie bei der jetzigen finanziellen Lage des Staates sofort vorgenommen werden müßte. Der Personenverkehr ist sehr gestiegen. Wir stehen in Bezug auf die Dichtigkeit unseres Personenverkehrs den anderen Staaten nicht nach; nur Sachsen ist uns etwas über, wegen seiner dichten Bevölkerung, und ebenso können wir der Main-Nekar-Bahn nicht nachkommen. Ich bestreite auch, daß die jetzigen Personentaxe der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes hemmende Faktoren in den Weg legen. In Österreich forderte der Rückgang des Personenverkehrs zu einer Reform heraus, während bei uns der Verkehr sich steigerte. Aber selbst jetzt erreichen die österreichischen Bahnen die Durchschnittseinnahmen der preußischen Eisenbahnen noch nicht. Man darf sich bezüglich des Personenverkehrs auch nicht bloß an die Tarifsätze halten, sondern muss auch die Verkehrsgelegenheiten in Berücksichtigung ziehen. Die Zugfrequenz ist bei uns viel höher als in Ungarn, es ist die vierte Klasse auf sehr vielen Strecken eingeführt worden. Wenn man bedenkt, daß die Häufigkeit des Zugfrequenz es gestattet, von Berlin nach Hannover in einem Tage hin- und zurückzureisen und in der Zwischenzeit noch Geschäfte abzuwickeln, so wird man zugeben, daß eine solche Verkehrsleiterung viel mehr wert ist als die Ermäßigung der Tarife. Wir haben die dritte Klasse bei fast allen Schnellzügen eingeführt, was in Österreich und Ungarn nicht der Fall ist. Der Sonontarif paßt für uns nicht; er würde eine sehr erhebliche Verschiebung in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen herbeiführen zum Nachteil der wirtschaftlich schwachen, der dünnen bewohnten Gegenden, der Kleingewerbetreibenden und nicht zum geringsten Theil zum Schaden der arbeitenden Massen. Es werden die kleinen Städte ihre Bedürfnisse in höherem Maße in den großen Städten befriedigen, die Arbeitgeber der großen Städte werden sich, so wie sie irgend eine Schwierigkeit mit ihren eigenen Arbeitern haben, von den weit entlegenen Gegenden Arbeitnehmer versprechen. So würde eine Verschiebung des Ostens nach dem Westen stattfinden, und ich halte es auch in sozialer Beziehung nicht für wünschenswert, daß die Menschen noch mehr ihrer Heimat entwöhnt und auf die Landstrasse geworfen werden. (Beifall rechts.)

Das der Sonontarif eine bessere Ausnutzung der Plätze herbeiführen würde, ist nur zum Theil zugegeben; für Ungarn hat sich das nicht in dem Maße bewährt, als es erwartet werden müßte. Man dringt dort schon jetzt im Publikum auf eine Vermehrung der Züge; außerdem dürfen Sie nicht vergessen, daß die angeführten Zahlen Durchschnittszahlen sind. Auf den Hauptlinien und bei den günstiger liegenden Städten ist die Platzfrequenz schon heute sehr groß. Wenn man es durch den Sonontarif dahin bringen könnte, daß man statt im Sommer im Winter auf die Fahrtreise ginge, oder statt nach Köln zu fahren, irgend eine Linie nach Westpreußen oder nach Pommern benütze und statt auf den Hauptlinien auf Nebelinien fahre, dann könnte man die Züge besser ausnutzen. Aber Publikum wird das nicht tun. (Heiterkeit.) Der Reformtarif meines Vorgängers beabsichtigte zunächst, ähnlich gleichmäßige Tarifsätze und gleichmäßige Förderung für ganz Deutschland herbeizuführen, ferner die Buntlichkeit der Beförderungsbedingungen zu beseitigen und endlich Ermäßigungen einzuführen, wo sie notwendig erschienen zur Anpassung der Tarife für die einzelnen Massen an die Entwicklung der Verhältnisse. Diese Grundideen erkennen ich, als durchaus gerechtfertigt an. Ich würde gegen den Antrag meinerseits nichts zu erinnern haben, wenn nicht in demselben eine Bemerkung stände, welche nicht durchführbar ist: „unter Ausglüch von Tarif erhöhungen“. Wenn eine einheitliche Tarifreform durchgeführt wird, dürfen wir nicht jagen, ob an irgend einem Punkte einmal eine Erhöhung vorkommt. Diese Erhöhungen sind unbedeutend gegenüber der Verbesserung des allgemeinen Verkehrs. Der Ausglüch der Erhöhungen wäre nur durchzuführen mit einem sehr erheblich größeren finanziellen Risiko. Ich möchte deshalb wünschen, daß Sie diese Clauzel jedenfalls nicht annehmen. Die Regierung ist nicht willens, die Reform in den Papierkorb zu werfen, sondern wir beabsichtigen, recht fleißig die Frage weiter zu studieren und sie demnächst in den Landes-Eisenbahnrath zu bringen. Das Reformprojekt meines Amtsvorgängers enthält ein finanzielles Risiko von 51 Mill., wovon die Mehrerlöse für Gepäck abzurechnen ist mit etwa 10 Mill. Die Steigerung des Verkehrs wird diesen Ausfall erst mit der Zeit ausgleichen. Die Steigerung der Frequenz der vierten Klasse ist begreiflich, da wir dieselbe menschenwürdig gemacht und mit Bänken versehen haben, so daß ein Theil der Reisenden aus der dritten Klasse in die vierte übergegangen ist. Ich bin der Überzeugung, daß die Reform der Personentaxe nicht von der Tagesordnung verschwinden wird; die Regierung wird alles thun, um diese Frage zu geistlichen Lösung zu bringen.

Finanzminister Miquel vertheidigt sich dagegen, daß er auf den Eisenbahnminister einen Druck bezüglich der Staatsaufstellung ausgeübt habe. Der Antrag Brömel ist für die Beschlußfassung des Hauses und der Regierung unreif; denn die Ansichten über die Notwendigkeit, ja über die Möglichkeit der Tarifreform gehen sehr weit aus einander, und sie gehen noch weiter aus einander über die Details. Das Eisenbahngarantiegesetz hat seine Hauptausgabe, die Grenzlinie zwischen Eisenbahnverwaltung und allgemeiner Finanzverwaltung zu ziehen, nicht ganz erfüllt. Aber, wie das gestern geschehen ist, von einer Mirkwirtschaft der preußischen Finanzverwaltung zu sprechen, dagegen muß ich entschieden protestieren. Die Überführung des Privatbahnsystems in das Staatsbahnsystem ist in so meisterhafter Weise erfolgt, daß dieser Act ein steter Ruhmesstiel der preußischen Verwaltung bleiben wird. Bei der Reform der Tarife möge man stets auch das finanzielle Resultat berücksichtigen. Man rechnet bei einer Ermäßigung der Tarife sogar auf höhere Einnahmen, aber diese wären doch nur Bruttoeinnahmen, denen höhere Ausgaben gegenüberstehen. Würde man eine vollständige Trennung der Eisenbahnverwaltung von der allgemeinen Finanzverwaltung herbeiführen, so käme man dazu, entweder die Steuern zu erhöhen, oder das Ordinarium mit Anteilen zu beladen. Gegen den ersten Weg muß sich die Finanzverwaltung, gegen den zweiten wird sich aber wohl das Abgeordnetenhaus wehren. Wenn das Eisenbahngarantiegesetz nicht streng durchgeführt werden ist, so lag das auch daran, daß fortwährend neue Verstaatlichungen vorgenommen wurden, welche die Verhältnisse schwankend machten. Jetzt sind wir an einem Ruhpunkt gelangt, und die Regierung wird nun der Frage näher treten, wie ein befriedigendes Verhältnis zwischen der Eisenbahnverwaltung und der allgemeinen Finanzverwaltung herbeigeführt werden kann.

Abg. v. Oppen (conf.) glaubt, daß die Verkehrsleichterungen der Landwirtschaft des Ostens durch Einführung von Arbeitskräften geschadet haben. Eine Abhilfe der landwirtschaftlichen Not kann heute nur durch eine Ermäßigung der Gütertarife erfolgen, indem man die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach dem Westen erleichtere. Wir im Osten sind

gegen jede Verordnung der Personentaxe gerade im Interesse der kleinen Handwerker und Arbeiter.

Abg. Brömel bleibt dabei, daß die Verantragung der Einnahmen aus dem Personenverkehr ganz ausnahmsweise gesteigert worden sei. Die Frage der Reform der Personentaxe wird nicht von der Tagesordnung verschwinden, auch wenn man davon spricht, daß in zu hohem Maße eine Beweglichkeit der Bevölkerung eingetreten ist. Da müßte der Minister ja die vierte Klasse, welche von der ärmeren Bevölkerung benutzt wird, abschaffen. Die Grundbesitzer des Ostens müssen ihre Arbeiter besorgen. Bezahlten Sie die Leute ordentlich (Zuruf rechts: Womit?) und behandeln Sie sie richtig. Die Bezahlung muß natürlich mit Geld erfolgen, nicht mit Schulden. Wer Schulden hat und nicht leistungsfähig ist, sollte überhaupt nicht Leiter eines Betriebes sein. Die moderne Bevölkerung wandert aus der Welt schaffen, oder Sie müssen die Leute durch Gesetz an die Schule fesseln. (Zustimmung links.) In Bayern hat man sich keine finanziellen Schrecken vorstellen lassen. Man hat in der dortigen Kammer den Antrag einstimmig angenommen. Die Bevölkerung wird über die Regierung, welche sich so gegen eine Reform sträubt, und über die Volksvertretung, die über diese wichtige Frage zur Tagesordnung übergeht, das richtige Urteil fällen. (Zustimmung links.)

Abg. v. Puttkamer-Plauth (conf.) vertheidigt sich dagegen, daß er sich einer Herabsetzung der Personentaxe aus eigenwilligen Gründen widersehe. Was würde Brömel sagen, wenn man behauptete, er würde die Personentaxe ermäßigen, um für die befreiten Massen zu sorgen? Ich bestreite nur, daß diese Reform eine so dringende ist, daß sie bei der jetzigen finanziellen Lage des Staates sofort vorgenommen werden müßte.

Lehrervereine haben gegen den Schulgesetzentwurf Stellung genommen in Hohenstein im Kreis Nordheim, in Grau und in Wehlau. — In Breslau findet am Sonntag eine große allgemeine Volksversammlung statt, in der Professor Dr. Georg Kaufmann und Abg. Anröcke Ansprüche halten werden. — Lehrerversammlungen haben sich gegen den Schulgesetzentwurf ausgesprochen in Husum und Wesselburen. — In Theser hat eine Versammlung der Lehrerschaft sich gegen den Schulgesetzentwurf erklärt. Auch aus Goslar ist eine Petition gegen den Entwurf an das Abgeordnetenhaus abgefandt. — In Brandenburg a. H. hat eine vom liberalen Wahlverein einberufene öffentliche Versammlung, in der Licentiat Gräbner sprach, einstimmig eine Resolution gegen den Schulgesetzentwurf angenommen. — In Biesenthal haben sich Magistrat und Stadtverordnete gegen das Schulgesetz ausgetragen.

* [Drei Lehrer an der Kunst-Akademie], die Maler Conrad Böse und Max Römer, sind soeben zu Professoren ernannt worden. Herr Böse wirkt seit längerer Zeit als Lehrer, früher in der Vorbereitungsklasse und nach der unlangt erfolgten Neuorganisation als Leiter einer der Zeichenklassen. Herr Römer trat vor etwa anderthalb Jahren als Hilfslehrer an Stelle Dammer's in die Akademie ein.

* [Der Welfenfonds.] Die „Kreuztg.“ bemerkt bezüglich der angeblichen Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland, der Gedanke, die Zinsen des Welfenfonds in Zukunft im Interesse der Provinz Hannover zu verwenden, scheint aufgegeben zu sein. Es komme mehr und mehr die Auffassung zur Geltung, es beim Alten zu lassen, so lange friedliche Garantien von welfischer Seite nicht zu erlangen seien. Aber wo wird denn mit dem Herzog von Cumberland verhandelt? Das hätte nur dann einen Sinn, wenn die Regierung, im Falle Garantien nicht zu erlangen sind, entschlossen ist, mit dem Welfenfonds endgültig aufzuräumen.

* [Sölle und Verbrauchssteuern.] Die Einnahmen der Reichskafe an Sölle und Verbrauchssteuern ergeben im laufenden Jahr vom April 1891 bis Ende Januar 1892: Sölle 216 214 095 Mk. (+ 2 157 559 Mk.), Tabaksteuer 10 188 491 Mk. (+ 410 962 Mk.), Zuckermaterialsteuer 11 647 334 Mk. (+ 6 557 411 Mk.), Verbrauchsabgabe von Zucker 46 207 943 Mk. (+ 1359 513 Mk.), Salzsteuer 33 829 146 Mk. (+ 770 517 Mk.), Maischbottic- und Brannwein-Materialsteuer 14 047 893 Mark (+ 1 591 690 Mk.), Verbrauchsabgabe von Brannwein und Zufüllung zu derselben 85 083 240 Mark (+ 1 816 335 Mk.), Brau- und Übergangsabgabe von Bier 20 478 645 Mk. (- 100 219 Mk.); Summa 537 696 787 Mk. (+ 10 931 098 Mk.). Bei den angeschriebenen Beträgen ergeben unter anderem die Sölle ein Plus von 9 597 870 Mk., die Verbrauchsabgabe von Zucker ein Plus von 2 540 493 Mark, die Maischbotticsteuer ein Plus von 2 824 663 Mk., die Verbrauchsabgabe von Brannwein ein Minus von 5 494 657 Mk. Ferner ergeben die Wechselseitstempelsteuer 6 845 634 Mk. (+ 290 868 Mk.), Stempelsteuer für a. Wertpapiere 8 885 267 Mk. (- 78 035 Mk.), b. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 9 415 340 Mk. (- 20 500 Mk.), c. Lotter zu Privatlotterien 1 363 851 Mk. (+ 926 525 Mk.), Staatslotterien 5 308 614 Mk. (- 82 056 Mk.).

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Februar. [Abgeordnetenhaus.] Die Regierung legte einen Gesetzentwurf vor, durch welchen sie ermächtigt wird, die Auferkennung der Vereinstaler und Vereinsdoppelthaler im Verordnungswege auszusprechen.

Frankreich.

Paris, 19. Februar. Der boulangistische Deputirte Laro hat als Civilpartei bei dem Justizpolizeigericht eine Klage gegen den Minister Constance wegen körperlicher Mißhandlung angestellt und verlangt, abgesehen von dem Strafantrag des Staatsanwalts, einen Franc Schmerzensgeld. Laro hat die Ermächtigung des Senats zur Verfolgung des Ministers nicht nachgesucht. (W. L.)

Italien.

Rom, 19. Februar. Mit Ausnahme einiger im Justizpalast beschäftigter Marmor-Arbeiter waren heute auf sämtlichen Arbeitsplätzen die Arbeiter erschienen. In der letzten Nacht wurden einige notorische Agitatoren verhaftet. Die Stadt hat ihr gewöhnliches Aussehen, die Löden sind geöffnet, die Fischer und die Wagen der Omnibusgesellschaft verkehren wieder. Die Brücken sind militärisch befestigt; man glaubt, der Tag werde ruhig verlaufen.

Benedig, 10. Februar. Dem Leichenbegängnis für die Prinzessin Darinka von Montenegro wohnten außer dem Herzoge von Genua auch die hiesigen Consuln und Lokalbehörden bei. Die Leiche wird auf dem Seewege nach Cetinje gebracht. (W. L.)

Rumänien.

Bukarest, 19. Februar. Bei den Wahlen des zweiten Wahlcollegiums zum Senat sind 39 Conservative, 5 Oppositionelle und ein Unabhängiger gewählt worden; 4 Stichwahlen haben stattzufinden. (W. L.)

Rußland.

Petersburg, 19. Februar. Ein heute veröffentlichtes Gesetz unterstellt die Umsätze der Eisenbahnlinien Orenburg, Tjwangorod-Dombrowsko, Orel-Graish, Riga-Dünaburg, Koslow-Woronesch-Rostow und Graish-Jarisch der unmittelbaren Kontrolle der Regierung.

Ein anderes heute amtlich veröffentlichtes Gesetz belegt das russische Zwecksilber und den daraus hergestellten Zinnoben mit einer Montansteuer von 50 bzw. 45 Ropchen pro Rub. Das „Amtsblatt“ publicirt ferner eine neue Klassifikation der russischen Kriegsschiffe, wonach die Panzerschiffe in Hochsee- und Küstenverteidigungsschiffe, die Kreuzer in zwei Klassen und die Kanonenboote in Hochsee- und Küstenverteidigungs-Kanonenboote eingeteilt werden.

Danzig, 20. Februar.

Am 21. Februar; G.-A. 7.10, G.-U. 5.18; M.-A. 2.15. M.-U. bei Tage. (Letztes Viertel.) Wetteraussichten für Sonntag, 21. Februar, und für das nordöstliche Deutschland: Wär

die Sachlage gegen gestern unverändert. Der Eisgang in die See vollzieht sich bei Plehnendorf langsam, aber ungehindert. Auch bei Thorn hat, nach telegraphischer Meldung von heute Mittag, der Eisgang etwas nachgelassen und das Wasser ist auf 0.61 Meter gesunken.

* [Sturmwarnung.] Ein heute Mittags angekommenes Telegramm der Seewarte lautet: Ein tiefes barometrisches Minimum über Holland macht stürmische Ostwinde wahrscheinlich. Die Küstenstationen haben den Signalball aufzuziehen.

* [Schulferien im Jahre 1892.] Die Ferien der höheren Lehranstalten in Westpreußen sind nunmehr durch das hiesige Provinzial-Schulcollegium wie folgt festgelegt worden:

Der Unterricht schließt: beginnt wieder:
zu Ostern 6. April 21. April;
zu Pfingsten 3. Juni 9. Juni;
im Sommer 2. Juli 2. August;
im Herbst 1. Oktober 18. Oktober;
zu Weihnachten 21. Dezember 5. Januar 1893.

Interessant dürfte es sein, daß die frühere Bestimmung, nach welcher der Unterricht nicht am Montag anfangen durfte, um die Schüler nicht zu Reisen an Sonntagen zu zwingen, jetzt wieder in Kraft tritt, wie schon kürzlich erwähnt wurde. Der Unterricht beginnt im Sommer und im Herbst erst am Dienstag, den 2. August, bzw. 18. Oktober.

* [Danziger Akademiker.] Der Privatdozent Dr. Hugo Münsterberg aus Danzig, 3. in Freiburg i. Br., ist zum außerordentlichen Professor ernannt worden.

* [Personalien beim Militär.] Der Zahlmeister Mathes vom 1. Bataillon des Grenadier-Regiments König Friedrich I. ist auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt und der Secretariats-Assistent Stascheit von der hiesigen Intendantur 17. Armeecorps zum Intendantur-Sekretär ernannt worden.

Das heutige „Mil.-Wochenbl.“ enthält außer den am Mittwoch von uns bereits mitgeteilten noch folgende Personal-Veränderungen im Bereich des 17. Armeecorps:

v. Bolzschwing, Hauptmann und Comp.-Chef vom Inf.-Regt. Nr. 41, als Adjutant zur 35. Div. kommandiert; Hopfe, Hauptmann und Comp.-Führer bei der Unteroffizier-Schule in Marienwerder, als Comp.-Chef in das Inf.-Regt. Nr. 41 versetzt; Pohl, Oberst und Commandeur des Inf.-Regts. Nr. 18, mit Pension und der Regts.-Uniform der Abschied bewilligt; v. Brause, Oberlieutenant des Inf.-Regts. Nr. 48, mit der Führung des Inf.-Regts. Nr. 18 beauftragt; Gade, Prem.-Lieut. vom Inf.-Regt. Nr. 61, zum Hauptmann und Comp.-Chef, v. Wurm, Seconde-Lieutenant vom selben Regt., zum Prem.-Lieut. befördert; Aehn, Port-Fähnrich vom Gren.-Regiment König Friedrich I., in das Magdeburgische Feld-Art.-Regt. Nr. 4 verfehlt; Rehfeldt, Prem.-Lieut. vom Feld-Art.-Regt. Nr. 35, unter Beförderung zum Hauptmann und Batterie-Chef, in das Feld-Art.-Regt. Nr. 10 versetzt; v. Chismar, Seconde-Lieut. vom Feld-Art.-Regt. Nr. 35, zum Prem.-Lieut. befördert; v. Athan, Prem.-Lieut. vom Inf.-Regt. Nr. 141, unter Beförderung zum Hauptmann und Comp.-Chef in das Inf.-Regt. 94 versetzt; Wallmüller, Seconde-Lieut. vom Inf.-Regt. Nr. 141, zum Prem.-Lieut. befördert; Reinhold, Prem.-Lieut. à la suite des Inf.-Regts. Nr. 44, kommandiert als Erzieher bei der Haupt-Cadettenschule unter Beförderung zum Hauptmann, als Compagnie-Chef zum Cadettenshause in Königsberg; Rehfeldt, Prem.-Lieut. vom Inf.-Regt. Nr. 61, zum Hauptmann und der Regts.-Uniform der Abschied bewilligt; Le Blanc, Seconde-Lieutenant von der Infanterie 1. Aufwands des Landwehr-Bezirks Osterode, zum Premier-Lieutenant, Jonas, Bicefelsmeyer vom Landwehr-Bezirk Ronik, zum Seconde-Lieutenant der Reserve des Infanterie-Regiments Nr. 21, Conrad, Bicefelsmeyer vom Landwehr-Bezirk Graudenz, zum Seconde-Lieutenant der Reserve des Infanterie-Regiments Nr. 141 ernannt; Krüselberg, Hauptmann und Comp.-Chef vom pommerschen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2, in gleicher Eigenschaft zur Versuchs-Compagnie der Artillerie-Prüfungs-Commission versetzt; Kiefer, Hauptmann vom Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 3, in das pommersche Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2 versetzt - Terner ist der Hauptmann Prætorius vom 1. Pionier-Bataillon in die 3. Ingenieur-Inspection und der Hauptmann Ulrich aus jener in das 1. Pionier-Bataillon versetzt worden.

* [Stadttheater.] Die gestrige Benefizvorstellung für Herrn Pezold erlitt dadurch eine empfindliche Beeinträchtigung, daß in Folge Erkrankung des Herrn Lunde das Repertoire geändert werden mußte. Die angekündigte Aufführung der neuen einstudirten Loring'schen Oper „Undine“ konnte nicht stattfinden und es wurde dafür eine Wiederholung des Neukler'schen „Trompeter“ eingeschoben, bei welcher diesmal der Benefiziant die Titelrolle sang, die er namentlich nach der lirischen Seite hin und in darstellerischer Ausstattung beispielhaft durchführte. Der Besuch der Vorstellung war durch die unvermeidliche Veränderung erheblich geschmälert worden. Im übrigen aber hatte Herr Pezold die üblichen Benefizstunden nicht zu entbehren.

- [Musikalischer Abend.] Der St. Marien-Kirchenchor gab gestern im Saale des Gewerbehauses einen musikalischen Abend, der gut besucht war. Der große Chor sang den Festgong aus „Iphigenia in Aulis“ und der kleine Chor die Lieder „Liederlust“ und „Airmeslied“ von Lachner. Zwischen den Sängen reciterte hr. Nitschmann mehrere Stellen aus den „Läufigen und Riemels“ und den Prosaschriften von Fritz Reuter.

[Polizei-Bericht vom 20. Februar.] Verhaftet: 23 Personen, darunter: 1 Bäcker, 1 Commis wegen Häßerei, 1 Arbeiter wegen Körperverletzung mit einem Messer, 25 Döbbelose, 2 Bettler - Gefunden: 1 Hornring (Griff von einem Regenschirm), 1 silberne Uhr, 1 Geistbedienstbuch, auf den Namen Bertha Arndt lautend, abzuholen von der königl. Polizei-Direction.

F. Bohnsack, 20. Februar. Die verflossene Woche war für den Verkehr der Nahrungsbeschaffung mit Danzig recht ungünstig. Der starke Frost hatte zur Folge, daß das Uebersetzen bei Bohnsack schon Mittwoch bis auf weiteres eingestellt werden mußte. Der Eisbrechdampfer, welcher an diesem Tage überseete, fuhr am Spät Nachmittage von dem Wehlener Weichselufer mit den Postfischen, ca. 25 Fußgängern und Päckereien an Bord, aber, vermöchte aber in dem die Weichsel dicht gedrängt herab schwimmenden Eise nicht vorwärts zu kommen und mußte daher eine gute Strecke im Eise heruntertreiben; als es ihm später gelang, sich dennoch durchzuarbeiten, blieb er in den an der Bohnsacker Seite der Weichsel zusammengebrochenen Eisbällen stehen. Die Passagiere verloren alsbald von hier aus den Dampfer und begaben sich über die Eisdecke nach dem ca. 60 Meter entfernten Lande. Hiermit ist die Communication der Nahrungsmit Danzig über Bohnsack wieder unterbrochen; Postfischen und Personen werden in Neußau vom Dampfer übergesetzt, wo die Uebersahrt günstiger zu bewirken ist.

- W. Elbing, 19. Februar. Die in voriger Sitzung der Stadtverordneten eingesetzte Commission zur Ausarbeitung und Abschaltung einer Petition gegen das Volkschulgesetz hat inzwischen ihre Arbeit vollendet. Das Schriftstück wurde heute in der Stadtverordnetenversammlung verlesen. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Petition in mehreren hundert Exemplaren durch den Druck vervielfältigen zu lassen. Es wird darin ausgeführt, daß Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung in der zu schärfsten Durchführung des konfessionellen Princips eine Gefahr für die Schule und den Frieden im Lande erblicken, daß namentlich in unserer Provinz mit sehr gemüthter Bevölkerung konfessionelle Schulen ein Ding der Unmöglichkeit sind, weil zu viele eingerichtet werden müßten, und dadurch eine Belastung der Gemeinden entstünde, die über deren Leistungsfähigkeit hinausgeht. Die allergrößte

Benachtheiligung aber wird den selbständigen Communen durch die Bestimmungen des Gesetzes über die Schulverwaltung und die Schulaufsicht zugefügt. Eine lebhafte Erörterung rief in der heutigen Stadtverordnetenversammlung ein bedeutsamer Antrag zur Aenderung des communalsteuer-Negativats hervor. Es bestehen hier nämlich berechtigte Befürchtungen, daß durch das neue Einkommensteuergesetz die wirtschaftliche Lage der Stadt verschlechtert wird. Nach den Vereinbarungen in den früheren 12 unteren Steuerklassen steht nach Angaben des Herrn Justizrat Horn an Staatssteuer ein Auffall von 10 000 Mk. zu erwarten. Der Aufall der Commune wird sich auf 28 000 Mk. stellen. Auch in den nächsthöheren Stufen ist mit Sicherheit ein Minus gegen früher anzunehmen. Die durch Selbstdeclaration einkommenden Steuern werden sich nicht so hoch stellen, daß die Ausfälle in den anderen Steuerstufen dadurch gedeckt werden, da wenige Personen am Orte ansässig sind, welche ein Einkommen von über 32 000 Mk. beziehen. Der Procentsatz müßte im nächsten Jahre auf 280 Proc. stehen bleiben, vielleicht gar erhöht werden. Wer nicht an unserem Ort gebunden ist und vielleicht den achtzig Theile seines Einkommens an Steuern zahlen soll, wird Elbing verlassen. Wohlhabende Leute werden in Zukunft Elbing nicht als Aufenthaltsort wählen. So ist eine Verminderung der Steuern aus der Selbstdeclaration mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen. Bei dem Staat wird durch indirekte Steuern der Aufall an der Staatssteuer gedeckt. Die Communen finden nirgends einen Erfolg für die ausfallenden Steuern. Dies alles läßt es als ratsam erscheinen, hier von dem den Gemeinden zustehenden Recht der Selbstbesteuerung Gebrauch zu machen und abweichend von dem neuen Gesetz vom dem Einkommen zwischen 900 und 3500 Mk. dieselben Steuersätze wie bisher zu erheben. Der Procentsatz der Steuern würde dann vielleicht auf 220 Proc. ermäßigt werden können, so daß doch eine Herabsetzung der Steuern für die unteren Stufen eintreten könnte. Auf Vorschlag des Herrn Oberbürgermeisters Elbing wurde der Antrag einer aus 7 Mitgliedern bestehenden Commission zur Vorberatung überwiesen.

- Der Rothstand unter der älteren Bevölkerung in Folge der hohen Lebensmittelpreise hat hier den Armeniat verdeckt, daß im vergangenen Jahre eine Mehrausgabe von über 7000 Mark notwendig war. Der Magistrat hat deshalb für das neue Jahr 58 200 statt früher 53 000 Mk. in den Armeniat eingestellt. In Anbetracht der fortbestehenden Theuerungsverhältnisse stellte die Stadtverordnetenabteilung, welcher die Angelegenheit zur Berathung vorlag, den Antrag, den Staat um fernere 2000 Mk. zu erhöhen. Doch nahm die Versammlung hieron Abstand. - Hr. Geh. Commerzienrat Schiak hat der Stadt vor längerer Zeit eine Dampf-Feuerspritze im Werthe von 9000 Mk. geschenkt. Merkwürdiger Weise fordert der Fiscus erst jetzt 720 Mark Stempelkosten für die betreffende Schenkungsurkunde. Auf Verwendung des Magistrats sind diese Kosten auf 360 Mark ermäßigt worden.

- Aulm, 19. Februar. Auch der hiesige Magistrat hat einstimmig beschlossen, gegen den Volkschulgesetzentwurf Protest zu erheben. - In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde das vom Magistrat vorgelegte Ortsstatut für die gewerbliche Fortbildungsschule einstimmig genehmigt. Neu in demselben ist die vom Magistrat aufgenommene und vom Minister zugelassene Bestimmung über die Einschränkung des Schulpflicht, die jetzt nur noch bis zum vollendeten 17. Lebensjahr der schulpflichtigen Lehrlinge und Arbeiter dauern soll. - Die freiwillige Feuerwehr unter dem Commando des thakräftigen Fleischmeisters E. Hillenberg hat ihren Jahresbericht für 1891 erstattet, aus dem wir Folgendes entnehmen: Die Mitgliederzahl beträgt 92, darunter 2 Ehrenmitglieder, 51 inactive und 39 active Mitglieder. Die Feuerwehr hat am 2. Februar, 3. April und 23. Juni 1891 in Aulm ziemlich große Feuer bekämpft und am 12. Februar und 29. Mai 1891 sind kleine Feuer durch rechtfertiges Eingreifen weniger Mitglieder der Wehr im Keim erstickt worden. Am 14. Juni 1891 hat unsere Wehr im Verein mit den Schmieden in Schönau beim Brand des Mühlens-Etablissements durch 3 Stunden harte Arbeit das Feuer überwältigt, so daß sich Herr Bieker veranlaßt sah, der Feuerwehr zum Besteuer ihrer Kasse ein Geldgeschenk von 50 Mk. zu überweisen. Noch einmal trat die Feuerwehr am 27. August 1891 in Grubno, woselbst ein großes Stallgebäude in Brand geraten war, in Thätigkeit und dort wurde sie von 7/8 Uhr Abends bis 11/4 Uhr Morgens ununterbrochen beschäftigt, bevor sie des Feuers Herr werden konnte.

h. Thorn, 19. Februar. Am heutigen Geburtstage des großen Thorner Nikolaus Koppenhuis war das Denkmal desselben geschmückt und Abends feierlich beleuchtet. Der nach demselben benannte Verein für Wissenschaft und Kunst hielt in der Aula des Gymnasiums eine öffentliche Feststunde ab, in welcher Herr Professor Böthke den Jahresbericht erstattete und Herr Töchterchuldirektor Dr. Schulz einen Vortrag „Über Traumwesen“ hielt. Nach dem Jahresbericht zählt der Verein jetzt 61 ordentliche, 33 Ehren- und eine größere Zahl correspontirende Mitglieder. Durch Tod verlor er im letzten Jahre zwei sehr thätige Mitglieder in den Hr. Geh. Rath Rörner und Rabbiner Dr. Oppenheim, durch Verzug mehrere andere, darunter Herrn Oberbürgermeister Bender, der zum Ehrenmitglied ernannt worden ist. Das Protectorat über den Verein hat der neue Oberpräsident, Herr Staatsminister v. Goßler, übernommen. Zum heutigen Festtage sind dem Verein mehrere Glückwünsche übermittelt worden, so von Herrn Major Weiße in Höxter. Letzterer hat dabei wieder den Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen, daß eine Röppernikussternwarte hier selbst errichtet werden möge. Die vom Verein geschafften Obstpflanzungen auf dem Jakobsberg wurden weiter gepflegt. Zur Ausschmückung des Artushofes stiftete der Verein ein gemaltes Fenster für 500 Mk. Als reiches und ergiebiges Arbeitsfeld für denselben stellt sich immer mehr die Erforschung der Localgeschichte und der Alterthümer von Thorn und der Umgebung heraus. In dieser Hinsicht ist eine vollständige Katastrophierung der hiesigen Alterthümer beschlossen. Die Arbeiten bezüglich der Marienkirche sind beendet und dabei die wichtigsten Stücke gezeichnet oder photographirt worden. Zum Druck des Werkes wurden 1000 Mk. bereitgestellt. An einer Comeniusfeier am 28. März wird sich der Verein betheiligen. Comenius nahm 1845 hier selbst an dem großen Religionsgespräch Theil. Um das Röppernikus-Gippendum gingen 4 Bewerbungen ein. Es erhielten je 100 Mk. die Studenten Dr. Deffterreich-Marienwerder und Alfred Lehre, erster für die Fortsetzung der Arbeit „Die handelsweise Thorns im Mittelalter“, letzter für eine naturwissenschaftliche Arbeit. Aus der Jungfrauen-Stiftung konnten 9 junge Damen, die sich zu Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen und Buchhalterinnen ausbilden, Gaben von 30 bis 100 Mk. erhalten. Die Asse des Vereins schließt mit 711 Mk. Bestand und mit 411 Mk. Vermögen ab. Der Stipendiensfonds besteht 3000 Mk., die Jungfrauenstiftung 5663 Mk. Vermögen.

Königsberg, 19. Februar. Der frühere Landgerichtspräsident Bauck aus Ronik, welcher wegen einer unglücklichen Familien-Angelegenheit, die zur Verurtheilung seiner Gattin führte, seinen Abschluß nahm und seitdem hier als Rechtsanwalt wirkte, ist in einer der letzten Nächte plötzlich verstorben. - Die Conferenz der ostpreußischen Superintendenzen, die sich mit dem Stand der secularen Bewegung in Ostpreußen und mit der von den Superintendenzen auszuführenden Kirchenvisitation beschäftigt, hat Donnerstag im großen Saale des Consistoriums ihren Anfang genommen. Der Präsident des Oberkirchenrats, Dr. Varkhausen, und der Oberpräsident von Ostpreußen wohnten denselben bei.

G. Pillau, 19. Februar. Bei dem scharfen Frost ist der hiesige Hafen und das Haff wieder zugeschlagen. Auch im Tief hatte sich das treibende Eis festgesetzt. Es gelang dem Eisbrecher jedoch sehr bald eine Rinne für die passirenden Schiffe zu brechen. - Die hiesige Bark „Pudel“, die im vorigen Herbst in Folge wibriger Winde nahezu 3 Monate zur Uebersahrt nach New York

brauchte, hat daselbst beim Auslaufen schwere Havarie erlitten. Die Instandsetzungskosten dürften nach sachverständiger Schätzung 36 000-40 000 Mk. betragen. Das Schiff ist unversichert. Ob die Reederei die Instandsetzung vor sich gehen läßt, steht noch aus.

* Der Rechtsanwalt Kotwitz in Bromberg ist zum Notar ernannt und der Regierungs-Baumeister Zorn in Neidenburg ist als kgl. Kreis-Hausinspektor dasselbst angestellt worden.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 20. Februar. (W. L.) Eine päpstliche Encyclica an die Katholiken Frankreichs stellt es als Pflicht hin, die bestehende Regierung anzuerkennen. Gute Katholiken sollten vereint mit allen verfaßungsmäßigen Mitteln die „Misbräuche in der Gesetzgebung“ bekämpfen. Die Encyclica spricht sich gegen die Trennung von Staat und Kirche und für eine Concordatspolitik aus.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 19. Februar. [Ein Student wegen Diebstahls verhaftet.] Der Mathematiker Max S. wurde gestern in dem Garderobezimmer des pharmacologischen Instituts von einem Studenten dabei erwischen, als er die Taschen der dort hängenden Ueberzieher durchsuchte. S. ist geständig, kleine Geldbeträge aus Ueberziehern entwendet zu haben. Noth scheint ihn zu diesen Diebstählen getrieben zu haben, denn als er ergriffen wurde, war er obdachlos.

- [Eine gefährliche Fahrt] hatte vor einigen Tagen der Dr. med. W. Er wurde zu einem Herrn gerufen, welcher in Verfolgungswahniss gefallen war, sich in den Besitz eines geladenen Revolvers gesetzt hatte und jeden niederschüttischen drohte, der sich ihm nähern würde. Herr Dr. W. trat aber ruhig bei dem Kranken ein und wußte ihn zu einer „Spazierfahrt“ zu überreden, um ihm so der Artstall in Schönebeck zu führen. Auf dem Wege dorthin versuchte der Irrsinnige wiederholte, die Waffe hervorzuholen. Erst in der Anfahrt gelang es mit Hilfe eines zweiten Arztes, durch gütliche Vorstellungen und eindringliche Zureden, den Kranken zur Abgabe der Waffe zu bewegen.

* [Am Todesstage Richard Wagners] ist im neuen Dresdener Hoftheater die von Dr. Sieck gearbeitete Büste des Komponisten aufgestellt worden. Sie ist eine Ehrengabe der Ziede-Gesellschaft.

Köln, 19. Februar. Von dem heute früh 5 Uhr 19 Min. hier fälligen Pariser Schnellzug entgleisten, wie die „Köln. Stg.“ melbt, um 4¹/₂ Uhr früh auf dem Bahnhofe Buir bei Düren 4 Wagen; Personen wurden nicht verletzt.

(W. L.) * In Cannes erschoss Donnerstag der Amerikaner Deacon den Liebhaber seiner Frau, einen jungen Diplomaten, Namens Abeille, und stellte sich hierauf selbst den Gerichten.

Paris, 19. Februar. Zwischen dem ehemaligen Unterpräfekten Isaac und dem Schriftsteller Drumont fand heute wegen einer in dem jüngsten Werke Drumonts enthaltenen Beleidigung Isaacs ein Duell statt, bei welchem beide Duellanten Verwundungen erhielten.

London, 18. Februar. Hier herrsche gestern schneidendes Frostwetter. Das Thermometer fiel auf 21 Gr. Fahrenheit. Solche Räte ist in London seit den Weihnachtsstagen nicht dagewesen. Gegen Abend fiel unerwartet viel Schnee. Auf das darauf eingetretene Thauwetter folgte in der Nacht wieder Frost, so daß heute Morgen alle Straßen mit Glatteis bedekt sind. Aus den meisten Theilen des Königreichs sind Berichte über weitere Schneestürme und schneide Räte eingetroffen. Die Arbeiten im Freien haben vielfach eingesetzt werden müssen und der Eisenbahnbetrieb hat gleichfalls mehr oder minder bedeutende Unterbrechungen erlitten.

Genua, 19. Februar. Das metallurgische Etablissement von Nocello in St. Pier d'Arena wurde durch eine Feuerbrunst zerstört. 300 Arbeiter wurden dadurch arbeitslos.

Konstantinopel, 19. Februar. In Folge des Austritts der Marika bei Adrianopel hat der Eisenbahn- und telegraphische Verkehr zwischen Sofia und Konstantinopel eine Unterbrechung erlitten.

(W. L.)

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. Februar.

Crs.v.19. Crs.v.19.

	Weizen, gelb	April-Mai	Mai-Juni	Roggen	April-Mai	Mai-Juni	Rohf. 1/4	Rohf. 2/4	Rohf. 3/4	Rohf. 4/4	Rohf. 5/4	Rohf. 6/4	Rohf. 7/4	Rohf. 8/4	Rohf. 9/4	Rohf. 10/4	Rohf. 11/4	Rohf. 12/4	Rohf. 13/4	Rohf. 14/4	Rohf. 15/4	Rohf. 16/4	Rohf. 17/4	Rohf. 18/4	Rohf. 19/4	Rohf. 20/4	Rohf. 21/4	Rohf. 22/4	Rohf. 23/4	Rohf. 24/4	Rohf. 25/4	Rohf. 26/4	Rohf. 27/4	Rohf. 28/4	Rohf. 29/4	Rohf. 30/4	Rohf. 31/4	Rohf. 32/4	Rohf. 33/4	Rohf. 34/4	Rohf. 35/4	Rohf. 36/4

Griechische Weine,

Durch die Geburt eines Jungen

wurden hoherfreut

Dirschau, den 20. Februar 1892.

Richard Woelm und Frau

geb. Wagner.

Die Beerdigung des Güter-

pedienten a. D. Herrn

Gustav Adolf Lasner

findet Montag, den 22. d. Ms.

Nachm. 3 Uhr, vor der Kapelle

des St. Katharinen-Kirchhofes

Gr. Allee, aus statt. (8696)

Restanten - Liste

der verlorenen und am 6. Februar 1892 noch nicht zur Einlösung gebrachten Pfandbriefe unserer verschiedenen Serien kann bei unseren sämtlichen Pfandbriefverkäufern eingezogen werden und versenden wir solche auch auf Wunsch an die Interessenten. (8688)

Berlin, den 18. Februar 1892.

Preußische Hypotheken-Aktion-Bank.

Loose:

zur Gründung einer Unfall-Unters.-Kasse f. d. Feuerwehren d. Prov. Westpr. a 1 M.

zur Königsberger Pferde-Lotterie a 1 M.

zur Marienburger Schloßbau-Lotterie a 3 M.

zur Freiburger Dombau-Lotterie a 3 M.

zu haben in der

Exped. der Danziger Zeitung.

Loose zur Königsberger Pferde-Lotterie a 1 M.

Loose zur Lotterie für die Feuerwehren Westpreußens a 1 M.

Loose zur Marienburger Schloßbau-Lotterie a 3 M.

Loose zur Freiburger Münsterbau-Lotterie a 3 M.

vorrätig bei

Th. Bertling.

Nachhilfe-rep. Arbeitsstunden in allen Gymnasialschulen werden einzelnen Schülern oder im Kreis von einem akademisch gebildeten Lehrer erh. Hundre. 7.

Privatbuchhalter

mit besten Empfehl. übernimmt Führung von Geschäft. übernehmung, erhebt Unterricht in Buchführung, Correspondenz etc.

Termin auf

den 22. Februar cr.

Vormittags 10 Uhr,

in unterm Geschäftskloake, Langenmarkt Nr. 43, anberaumt.

Danzig, den 20. Februar 1892.

Königliches Amtsgericht XI.

Bekanntmachung.

Behufs Verklärung der Ge- unsfälle, welche der Dampfer George Dittmann, Capitän Thamen, auf der Reise von Ham- burg via Copenhagen nach Danzig erlebt hat, haben wir einen

Termin auf

am 5. April 1892,

Mittags 12 Uhr,

an Gerichtsstelle verhört werden.

Danzig, den 22. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zu folge Verfügung vom 5. Februar 1892 ist bei der unter Nr. 76 des hiesigen Handelsregister eingetragenen Firma

C. Stobbe Witwe

in Folge eingetretenen Todes der bisherigen Inhaber der selben

die Frau Eisenbahnbau- und Be- trieb-Inspektor Gertrud Albrecht geb. Stobbe zu Magdeburg Inhaberin vorgenannter Firma geworden. (8677)

Dirschau, den 4. Februar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die in unserem Handelsregister

unter Nr. 102 eingetragene Firma

Julius Knopf hierbei ist auf

den Kaufmann Nathan Knopf

übergegangen und heute unter Nr. 283 neu eingetragen worden.

Schwedt, den 16. Februar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

wegen Lieferung von post-

druckformularen.

Die Lieferung des Bedarfs an

Druckformularen für die Post- anstalten in den Bezirken der Kaiserlichen Ober-Postdirektionen

in Bromberg, Danzig, Gumbinnen, Königsberg (Pr.) und Posen,

welcher auf ungefähr 9000 Kies

jährlich zu verantredigen ist, soll

vom 1. Januar 1893 ab an einen

Lieferer, dessen Druckerei in einem

der besprochenen fünf Ober-Post-

direktionsbezirke belegen sein

muß, anberheit vergeben werden.

Die Anbringungsbedingungen

welche gegen portofreie Ein- füllung von 50 Pf. Schreibgebühr

von der Oberpostdirektion in Gu-

binnen begeben werden können,

sind bei jeder der genannten fünf

Ober-Postdirektionen ausgelegt.

Dieselben bei, die mitausgelegten

Probebogen können bei den be-

zeichneten Behörden während der Dienststunden eingeführt bei- be- sichtigt werden.

Die Angebote müssen ver-

schlossen und mit der Aufschrift:

Angebot auf die Lieferung von

Druckformularen" bis

am 1. April ds. Jrs.

Mittags 12 Uhr,

bei der Ober-Postdirektion in

Gumbinnen abgegeben oder fran-

ktirt an dieselbe eingesandt wor-

den sein. (8078)

Der Kaiserl. Ober-Postdirektor.

Lauenstein.

Das im Kreise Publik belegene,

der Schultheiß-Wittwen- und

Waisenkasse des Regierungs-

bezirks Danzig gehörige Gut

Brusdau, Nr. 1 des Grundbuchs,

400 Tonnen. Zur Übernahme

gehören 4—5000 M. Dss. sub G.

3661 befördert die Annun-

ciations-Expedition von Saalstein u.

Bogler, A.-G., Königsberg i. Pr.

(8692)

Ein gut erhaltenes Gehwels ist

zu verh. Böttcherstraße 1 parl.

In Polson-Pianino ist we-

gen Fortugs Jopengasse 26 pt.

zu verkaufen. (8713)

Capitalisten,

welche Geld hypothe-

karisch anlegen wollen,

erhalten Nachweis und

Bermittlung ganz

hostensfrei durch das

Bureau des Haus- und

Grundbesitzer-Bvereins

hier, Langenmarkt 53.

S. S. George Dittmann,

Capt. Thamen,

von Hamburg hier eingetroffen,

leicht am Packhof. (8725)

Ferdinand Prowe.

Gelegenheitsgedichte

ersten sowie heiteren Inhalts

werden angefertigt Danzig,

Baumärkte Gasse 34 m.

Ein Sachmann sucht den

Mehlverkauf

für eine leistungsfähige

Mühle zu übernehmen.

Offerter unter 8679 in d.

Exped. d. 3tg. erb.

Ein Sachmann sucht den

Lehrling

mit guter Schulbildung für ein

bisiges Comtoir gefügt.

Adressen unter Nr. 8623 in der

Expedition dieser Zeitung erb.

Ein Sachmann sucht den

Lehrling

für potentielle Einlage-Gehal-

te. (8691)

Ein Sachmann sucht den

Lehrling

für potentielle Einlage-Gehal-

te. (8692)

Ein Sachmann sucht den

Lehrling

für potentielle Einlage-Gehal-

te. (8693)

Ein Sachmann sucht den

Lehrling

für potentielle Einlage-Gehal-

te. (8694)

Ein Sachmann sucht den

Lehrling

für potentielle Einlage-Gehal-

te. (8695)

Ein Sachmann sucht den

Lehrling

für potentielle Einlage-Gehal-

te. (8696)

Ein Sachmann sucht den

Lehrling

für potentielle Einlage-Gehal-

te. (8697)

Ein Sachmann sucht den

Lehrling

für potentielle Einlage-Gehal-

te. (8698)

Ein Sachmann sucht den

Lehrling

für potentielle Einlage-Gehal-

</

Beilage zu Nr. 19373 der Danziger Zeitung.

Gonnabend, 20. Februar 1892.

Reichstag.

177. Sitzung vom 19. Februar.

Erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Staatssekretär Bosse empfiehlt die Vorlage, die vom Reichstage angeregt sei. Er hofft, daß durch die neue Form des Gesellschaftsrechts ein wirkliches Bedürfnis des Verkehrslebens befriedigt sei.

Abg. Dethelhäuser (nat.-lib.) erkennt an, daß der Entwurf einem dringenden Bedürfnis entspreche. Dass ein vollkommen neues Gesetz vorgelegt werde, das sich nicht, wie es der Handelstag vorgeschlagen habe, an die Handelsgesellschaften anlehne, sei vor allem ein Vorteil. Der Entwurf fülle die Lücke zwischen der offenen Handelsgesellschaft und der Aktiengesellschaft in richtiger Weise aus.

Abg. Hulthsch (Reichsp.) schließt sich dem Vordner an.

Abg. Spahn (Centr.) billigt die Vorlage, wünscht aber, daß sie in einigen Punkten verbessert werde.

Abg. v. Hellendorff (conf.)theilt die Bedenken des Vordners.

Abg. Schenk (freis.): Die Aktiengesellschaften sind nach ihrer ganzen historischen Entwicklung eigentlich nur bestimmt für diejenigen Unternehmungen, die zu ihrem Bestehen die Unterstützung und Herbeiziehung breiter Bevölkerungsklassen nötig haben. Auf dieses Gebiet werden die Aktiengesellschaften gerade durch dieses neue Gesetz wieder hingewiesen. Die Form der unbeschränkten Haftpflicht eignet sich aber für diejenigen Unternehmungen nicht, die kein besonders großes Kapital haben. Deshalb muß eine neue Gesellschaftsform gefunden werden, und diese kann nur auf der Grundlage der beschränkten Haftpflicht aufgebaut werden. Die Bestimmungen dieser Vorlage entsprechen nach meiner Meinung vollständig dem Bedürfnis.

Die Vorlage geht an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Darauf setzt das Haus die Berathung des Militärateats fort mit dem Extraordinarium.

Abg. Richter: Wenn wir uns enthalten, besondere Abstriche beim Extraordinarium im einzelnen zu beantragen, so wollen wir damit die Verantwortlichkeit für die Bevollmächtigung des Extraordinariums keineswegs übernehmen in dem großen Umfang, wie sie von der Mehrheit der Budgetcommission vertreten ist. Wir beantragen deshalb keine Abstriche, weil nach den Verhandlungen der Commission und dem Stand der ausschlaggebenden Parteien unsere Anträge keine Ausicht auf Annahme haben. Sollten von anderer Seite weitere Abstriche beantragt werden, so behalten wir uns vor, uns anzuschließen. So haben wir uns immer ausgesprochen gegen besondere Garnisonkirchen, weil wir eine Trennung des Militär- und Civilgottesdienstes nicht für berechtigt halten, ebenso gegen die Errichtung von Offizierscasinos in diesem großen Umfang, gegen die Kasernierung von Unteroffizier-Familien, wie sie auch hier wieder stattfindet. Wir halten nicht alle hier vorgeschlagenen Kasernenbauten zur Zeit für so dringlich, um die Verantwortlichkeit übernehmen zu können für die Inangriffnahme dieser Bauten. Was die Beschaffung von Vorräthen für den Kriegsfall betrifft, so haben wir für eine Anzahl dieser Positionen gestimmt, sind aber der Meinung, daß diese Titel sehr viele verschiedenartige Dinge umfassen und nicht überall

gleichmäßig dringlich sind. Es ließe sich leicht ermöglichen, unter Zurückstellung der weniger dringlichen Ausgaben diese Beschaffungen auf einen größeren Zeitraum zu vertheilen, als es hier vorgesehen ist. Wir sind auch aus finanzpolitischen Gründen für eine solche Einschränkung, weil das Ergebnis der letzten Reichsanleihe nicht dazu verführen darf, die Bewegungen des Reichscredits allzu günstig zu beurtheilen. Wir befürchten, daß dann der Schatzminister im nächsten Jahre in die Lage kommen kann, noch in größerem Umfang den öffentlichen Credit für Reichszweck zu beanspruchen als für diese. Je mehr aber der Reichscredit für Militär- und Marinezwecke in Anspruch genommen wird, desto nachtheiliger können die Folgen für unsere ganze volkswirtschaftliche Entwicklung und für alle Verhältnisse des Erwerbes werden. (Beifall links.)

Im ordentlichen Statut des Extraordinariums werden darauf gemäß dem Commissionsantrage gestrichen: die erste Rate zum Neubau eines Dienstwohnungsgebäudes für den commandirenden General des Gardecorps und den Gouverneur von Berlin, die ersten Raten zum Neubau von Kasernen in Oppeln, Paderborn, Köln, Darmstadt, von Kommandanturdienvisgebäuden in Danzig, Graudenz, für Geräteausstattung von Kasernen in Blankenburg und Stolp, für den Bau eines Exercierhauses für die Unteroffizierschule in Potsdam, Pferdestallbaracken auf dem Artillerieschießplatz bei Zeithain, und abgekehrt 100 000 Mark von der Forderung für die Erweiterung des letzteren. Insgesamt betragen diese Abstriche 743.880 Mk.

Die Forderung von 500 000 Mk. für den Neubau eines Dienstgebäudes für die Artillerie-Prüfungs-Commission in Berlin (zweite Rate) wird entgegen dem Antrage der Commission bewilligt.

Im außerordentlichen Statut des Extraordinariums werden nach dem Antrage der Commission abgesetzt von der Forderung für Unterbringungsräume für das neue Artilleriematerial die Hälfte, 861.450 Mk., von der Forderung für Beschaffung von Handwaffen 2.925.000 Mk. An Forderungen für gleiche Zwecke werden im sächsischen Statut abgekehrt 321.000 Mk., im württembergischen Statut 142.000 Mk.

Damit ist die zweite Berathung des Militärateats erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 19. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 212—220. — Roggen loco fest, medlenburgischer loco neuer 218—230, russ. loco fest, neuer 195—198. — Hafer fest. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzölt) ruhig, loco 58.00. — Spiritus befreit, per Febr.—März 35 $\frac{1}{2}$ Br., per März—April 35 $\frac{1}{2}$ Br., per April—Mai 36 Br., per Mai—Juni 36 $\frac{1}{2}$ Br. — Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Gach. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6.30 Br., per März 6.15 Br. — Wetter: Brachtvoll.

Hamburg, 19. Februar. Kaffee. Good average Santos per März 68, per Mai 67 $\frac{1}{2}$, per Juli 64 $\frac{1}{2}$, per November 62 $\frac{1}{2}$. Behauptet.

Hamburg, 19. Februar. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenrohzucker 1. Product Basis 88% Rendement neue Urfance, f. a. B. Hamburg per Februar 14.45, per März 14.60, per Mai 14.92 $\frac{1}{2}$, per August 15.25. Ruhig.

Bremen, 19. Februar. Kaff. Petroleum. (Schlußbericht.) Fah zollfrei. Fest, aber ruhig. Loco 6.55 Br.

Bremen, 19. Februar. Der Aufsichtsrath des „Nord-

deutschen Lond“ beschloß in seiner heutigen Sitzung keine Dividende für das Jahr 1891 zu vertheilen. Die Abschreibungen sind auf sechs Millionen festgesetzt. Zur Deckung derselben werden dem Reservefonds, welcher am 1. Januar 1891 7730 000 Mk. betrug, ca. 2 Millionen zu entnehmen sein.

Havre, 19. Febr. Kaffee. Good average Santos per März 89.75, per Mai 87.00, per September 82.25. — Behauptet.

Frankfurt a. M., 19. Febr. Effecten-Societät. (Schluß.) Österreichische Credit-Aktion 263 $\frac{1}{2}$, Franzosen 250%, Lombarden 76%, ungar. Goldrente 92.70, Gotthardbahn 136.70, Disconto-Commandit 180.50, Dresdener Bank 132.70, Bochumer Gußstahl 111.00, Dortmunder Union St.-Br., Gelsenkirchen 134.40, Harpener 139.00, hibernia 124.10, Laurahütte 104.70, 3% Portugiesen 28.40, 5% Serb. Rente —. Gehr still.

Wien, 19. Februar. (Schluß-Courte.) Oester. Papierrente 94.50, do. 5% do. 102.75, do. Silberrente 94.00, 4% Goldrente 111.25, do. ungar. Goldrente 107.45, 5% Papierrente 102.40, 1860er Loope 140.25, Anglo-Aust. 156.50, Länderbank 203.40, Creditact. 306.75, Unionbank 236.00, ungar. Creditactien 340.00, Wiener Bankverein 112.00, Böh. Westbahn 352, Böh. Nordb., Bußf. Eisenbahn 455.00, Duf-Bodenbacher —, Elbenthalbahn 225.75, Ferd. Nordbahn 2855.00 Franzosen 285.87 $\frac{1}{2}$, Galizien 211.50, Lemberg-Gern. 246.00, Lombard. 87.25, Nordwestb. 208.50, Pardubitzer 182.50, Alp-Mont.-Act. 62.80, Tabakactien 162.50, Amsterd. Wechsel 97.80, Deutsche Plätze 57.95, Londoner Wechsel 118.35, Pariser Wechsel 46.97 $\frac{1}{2}$, Napoleons 9.39, Marknoten 57.95, Russische Banknoten 1.16 $\frac{1}{2}$, Gilber-coupons 100, Bulgarische Anleihe —.

Amsterdam, 19. Februar. Getreidemarkt. Weizen auf Termine willig, per März 245, per Mai 253. — Roggen loco gefälltslos, do. auf Termine willig, per März 226, per Mai 233. — Rüböl loco 28 $\frac{1}{4}$, per Mai 27 $\frac{1}{4}$, per Herbst 27 $\frac{1}{2}$.

Antwerpen, 19. Februar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Enpe weiß loco 16 bez. und Br., per Februar 16 Br., per März 15 $\frac{1}{2}$ Br., per Sept.-Dezbr. 15 $\frac{1}{2}$ Br. Ruhig.

Antwerpen, 19. Februar. Getreidemarkt. Weizen höher, Roggen unverändert, Hafer behauptet, Gerste ruhig.

Paris, 19. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Februar 26.10, per März 26.30, per März-Juni 26.60, per Mai-August 27.10. — Roggen ruhig, per Februar 19.20, per Mai-August 19.20. — Mehl ruhig, per Februar 56.20, per März 56.90, per März-Juni 57.60, per Mai-August 58.20. — Rüböl ruhig, per Febr. 56.25, per März 56.75, per März-Juni 57.25, per Mai-August 58.00. — Spiritus ruhig, per Febr. 47.25, per März 47.00, per März-April 46.75, per Mai-August 46.00. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 19. Febr. (Schlußcourse.) 3% amortisirb. Rente 96.60, 3% Rente 95.72 $\frac{1}{2}$, 4 $\frac{1}{2}$ % Anl. 104.92 $\frac{1}{2}$, 5% italien. Rente 89.10, österr. Goldr. 95 $\frac{1}{2}$, 4% ung. Goldrente 92.00, 3% Orientaleihe 64.50, 4% Russen 1880 1889 92.55, 4% unifl. Aegypt. 477.50, 4% span. äuß. Anleihe 61 $\frac{1}{2}$, convert. Türken 18.55, türk. Loope 73.20, 5% privilegierte türk. Obligationen 418.70, Franzosen 622.50, Lombarden 208.75, Lomb. Prioritäten 305.00, Credit soncier 1200, Rio Tinto-Action 425.00, Suezkanal-Aktion 2710, Banque de France 4365, Wechsel auf deutsche Plätze 122 $\frac{1}{2}$, Londoner Wechsel 25.19 $\frac{1}{2}$, Cheques a. London 25.21, Wechsel Amsterdam kurz 206.06, do. Wien kurz 210.75, do. Madrid kurz 435.00, Neu 3% Rente 94.72 $\frac{1}{2}$, 3% Portugiesen 28, neue 3% Russen 75.06, Banque ottomane 533.00, Banque de Paris 617.00, Banque d'Escompte 196, Credit mobilier 145, Merid.-Actien 611, Panamakanal-Actien 20, do. 5% Obligat. 19.00, Gas. Parisien 1445, Credit Chonnois 780.00, Gas pour le Fr. et l'Etrang. —

Transatlantique 547, Ville de Paris de 1871 409, Tab. Ottom. 354, 23 $\frac{1}{2}$ % engl. Cons. 96, C. d'Escompt 488, Robinson-Actien 80.60.

London, 19. Februar. An der Küste 4 Weizenladungen angeboten. Wetter: Frost.

London, 19. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen im allgemeinen theurer, Käufer halten sich deshalb vom Markt zurück, englischer und rother amerikanischer 1 sh. höher, angekommener und schwimmender 1 $\frac{1}{2}$ sh. höher, schwimmende Gerste teurer, schwimmender Mais 1 $\frac{1}{2}$ sh. höher, für Mehl ziemlicher Begehr, 1 $\frac{1}{2}$ sh. höher, für russischen Hafer besserer Begehr, 1 $\frac{1}{2}$ sh. höher, für Uruguayan Hafer unverändert.

London, 19. Februar. (Schlußcourse.) Engl. 23 $\frac{1}{2}$ % Consols 95 $\frac{1}{2}$, Dr. 4% Consols 105, italienische 5% Rente 88 $\frac{1}{2}$, Lombarden 83 $\frac{1}{2}$, 4% cons. Russen von 1889 (2. Serie) 92 $\frac{1}{2}$, convert. Türken 18 $\frac{1}{2}$, österr. Silberrente 79, österr. Goldrente 95, 4% ungarische Goldrente 91, 4% unifl. Aegypt. 94 $\frac{1}{2}$, 3% garantirte Aegypt. 88, 4 $\frac{1}{2}$ ägypt. Ägypt. Tributarie 92 $\frac{1}{2}$, 6% cons. Mexikaner 80 $\frac{1}{2}$, Ottomankbank 11 $\frac{1}{2}$, Guezaktion —, Canada-Pacific 91 $\frac{1}{2}$, De Beers-Actien neue 14 $\frac{1}{2}$, Rio Tinto 16 $\frac{1}{2}$, 4% Rupees 69 $\frac{1}{2}$, Argentinische 5% Goldanleihe von 1886 60 $\frac{1}{2}$, do. 4 $\frac{1}{2}$ ägypt. äußere Goldanleihe 29 $\frac{1}{2}$, Neue 3% Reichsanleihe 84 $\frac{1}{2}$, Silber 41 $\frac{1}{2}$.

Glasgow, 19. Februar. Roheisen. (Schluß.) Milled numbers warrants 40 sh. Käufer, 40 sh. 1 $\frac{1}{2}$ d. Verkäufer.

Glasgow, 19. Febr. Die Dorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 503.070 Tons gegen 551.896 Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 78 gegen 14 im vorigen Jahre.

Liverpool, 19. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen 2 bis 3 d. Mais 2 $\frac{1}{2}$ d. höher, Mehl stetig. — Wetter: Frost.

Petersburg, 19. Februar. Wechsel auf London 101.35, do. Berlin 49.70, do. Amsterdam —, do. Paris 40.17 $\frac{1}{2}$, 1 $\frac{1}{2}$ -Imperials 812, russ. Präm.-Anleihe von 1884 gest. 235 $\frac{1}{2}$, do. 1866 224 $\frac{1}{2}$, russ. 2. Orientan. 102, do. 3. Orientanleihe 102 $\frac{1}{2}$, do. 4% innere Anleihe —, do. 4 $\frac{1}{2}$ Bodencredit-Pfandbriefe 151 $\frac{1}{2}$, Große russ. Eisenbahnen 255, russ. Südwestb.-Act. 114 $\frac{1}{2}$, Petersburger Discontobank 543, Petersburger intern. Handelsbank 457, Petersburger Privat-Handelsbank 286, russ. Bank für auswärt. Handel 262, Warshawer Discontobank —, Russ. 4% 1889er Cons. 148, Privatdiscont 5.

Petersburg, 18. Februar. Productenmarkt. Talg loco 57.00, per August —, Weizen loco 14.50, Roggen loco 12.50, Hafer loco 5.25, Hanf loco 46.00, Leinsaat loco 15.50. — Frost.

Newark, 19. Februar. Wechsel auf London 4.85 $\frac{1}{2}$, — Rother Weizen loco 1.10, per Februar 1.08 $\frac{1}{2}$, — Mehl loco 4.10, — Mais 49 $\frac{1}{2}$, — Fracht 3 $\frac{1}{2}$, — Zucker 3.

Newark, 18. Februar. (Schluß-Courte.) Wechsel auf London (60 Tage) 4.85 $\frac{1}{2}$, Cable-Transfers 4.88 $\frac{1}{2}$, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5.18 $\frac{1}{2}$, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95 $\frac{1}{2}$, 4% fundierte Anleihe 116 $\frac{1}{2}$, Canadian-Pacific-Actien 89, Central-Pacific-Actien 32 $\frac{1}{2}$, Chicago u. North-Western-Actien 117 $\frac{1}{2}$, Chic. Mit- u. St. Paul-Actien 79 $\frac{1}{2}$, Illinois-Central-Actien 106 $\frac{1}{2}$, Lake-Superior-Michigan-South-Actien 124, Louisville u. Nashville-Actien 75 $\frac{1}{2}$, Nerv. Lake-Erie- u. Western-Actien 32 $\frac{1}{2}$, Nerv. Central- u. Hudson-River-Act. 114 $\frac{1}{2}$, Northern-Pacific-Preferred-Act. 68 $\frac{1}{2}$, Norfolk- u. Western-Preferred-Actien 50, Atchinson Topeka und Santa Fe-Actien 40 $\frac{1}{2}$, Union-Pacific-Actien 48 $\frac{1}{2}$, Denver- u. Rio-Grand-Preferred-Actien 49 $\frac{1}{2}$, Gilber-Bullion 91 $\frac{1}{2}$, Baumwolle in Newark 7 $\frac{1}{2}$, do. in New-Orleans 65 $\frac{1}{2}$, Raffin. Petroleum Standard white in Newark 6.40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6.35 Gd., rohes Petroleum in Newark 5.80, do. Pipe-

